

N

NACHRICHTEN

Kurz Nachrichten

Mehr unter suedostschweiz.ch

DOBOVA

In 24 Stunden erreichen mehr als 12 600 Flüchtlinge Slowenien

Nach der Abschottung der Grenzen durch Ungarn verzeichnet nun Slowenien Rekordzahlen von Flüchtlingen. Binnen 24 Stunden seien mehr als 12 600 Menschen über die Grenze gekommen, teilte die Polizei des Zwei-Millionen-Einwohner-Staates gestern mit. So viele Menschen waren nicht einmal zum Höhepunkt der Flüchtlingskrise in Ungarn im September registriert worden. Seit Samstag kamen 34 131 Flüchtlinge in Slowenien an. (sda)

WASHINGTON / ERBIL

US-Eliteeinheiten befreien Kurden aus IS-Gewalt – US-Soldat getötet

US-Soldaten haben bei einer Kommandoaktion im Nordirak zahlreiche kurdische Geiseln aus der Gewalt der Extremistenmiliz Islamischer Staat (IS) befreit. Einem CNN-Bericht zufolge handelt es sich um gut 70 Befreite. Bei dem Einsatz wurde ein US-Soldat getötet, erfuhr die Nachrichtenagentur Reuters gestern aus US-Kreisen. Es ist das erste Mal seit Beginn des amerikanischen Militäreinsatzes gegen den IS, dass ein US-Soldat in einem Kampf umkam. (sda)

QUETTA

Zehn Tote bei Anschlag auf schiitische Moschee in Pakistan

Bei einem Selbstmordanschlag auf eine schiitische Moschee im Südwesten Pakistans sind gestern mindestens zehn Menschen getötet worden. Zwölf weitere Gläubige seien verletzt worden, als sich ein Attentäter in der Moschee der Stadt Chalgari in der Provinz Baluchistan in die Luft sprengte. Das sagte der Innenminister der Provinz. Unter den Toten seien sechs Kinder. (sda)

BERN

Schweizer Häftlinge dürfen ihre Strafe nicht im Ausland absitzen



Die Kantone dürfen keine Häftlinge ins Ausland schicken, damit sie dort ihre Strafe absitzen. Zu diesem Schluss kommt ein Gutachten des Bundes im Auftrag der kantonalen Justizdirektoren. Strafvollzug im Ausland sei mit den Grundrechten von Gefangenen nicht vereinbar. Vor allem Westschweizer Kantone wollten auf diese Art überfüllte Gefängnisse entlasten. (sda)

Auf dem Laufenden bleiben

Über die Kanäle der Südostschweiz sind Sie stets gut informiert.



Online suedostschweiz.ch



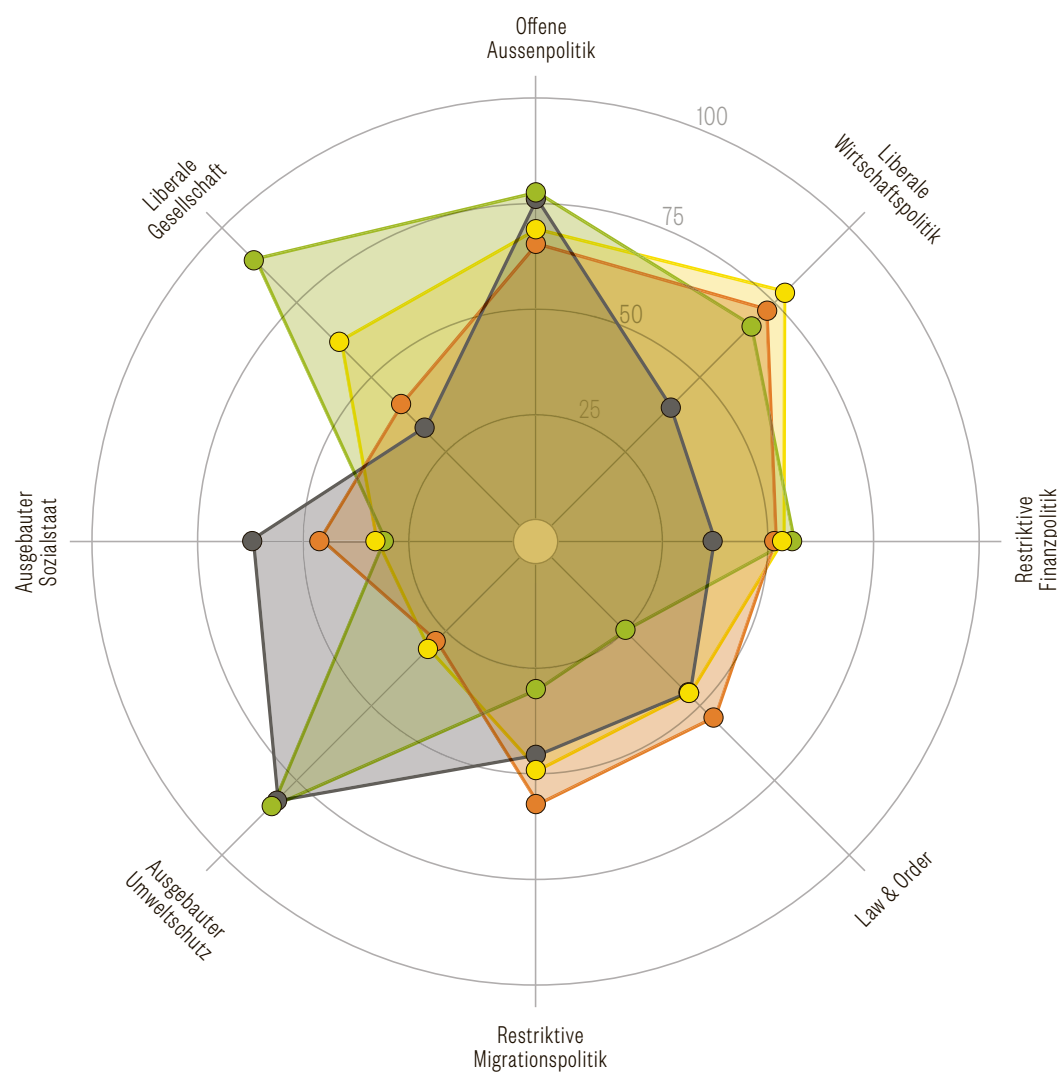
Facebook [Zeitung Südostschweiz](http://zeitung.suedostschweiz.ch)



Twitter [@suedostschweiz](https://twitter.com/suedostschweiz)



Instagram [so_bildredaktion](https://www.instagram.com/so_bildredaktion)



So tickt die politische Mitte in der Schweiz

Im sogenannten «Spider» sind die politischen Positionen grafisch dargestellt. Die orange Linie umreist die Haltung der 28 gewählten CVP-Nationalräte, die grüne jene der sieben Grünliberalen, die gelbe jene der sieben BDPler und die violette jene der beiden EVP-Nationalrätinnen. Während BDP und CVP fast deckungsgleich sind, weichen GLP und EVP in einzelnen Themen deutlich ab.

■ BDP
■ CVP
■ EVP
■ GLP

Quelle: Smartvote, Grafik: [suedostschweiz](http://suedostschweiz.ch)

So weit liegen die Schweizer Mitteparteien auseinander

Ob Fusion, Fraktion oder doch nur eine verbindlichere Zusammenarbeit: Die Mitteparteien suchen seit dem Wahlsonntag mit hoher Intensität nach Rezepten, um ihr politisches Überleben zu sichern. Doch ist überhaupt ein gemeinsames politisches Fundament vorhanden? Ein Überblick.

von Dennis Bühler und Anna Wanner

Hört man sich bei Mittelpolitikern um, geht es um weit mehr als bloss die Wiederwahl von BDP-Bundesrätin Eveline Widmer-Schlumpf. «Es geht um die Zukunft der Parteien und der politischen Mitte», sagt stellvertretend der Solothurner CVP-Nationalrat Stefan Müller-Altermatt. Deshalb müsse sich seine Partei mit der BDP und der GLP sowie der EVP, mit der bereits eine Fraktionsgemeinschaft besteht, «zusammenschliessen». Auch BDP-Präsident Martin Landolt sagt: «Die Mitte muss jetzt zusammenrücken.»

Doch sind CVP, BDP und GLP – die drei grösseren der vier potenziellen Partner – bei wichtigen Themen überhaupt gleicher Meinung? Die «Südostschweiz» analysiert, wo sich die Mitte einig ist und wo Differenzen bestehen.

● **Schweiz – Europa:** Seit der Annahme der Masseneinwanderungsinitiative am 9. Februar 2014 ist das Verhältnis zur Europäischen Union der wohl grösste innenpolitische Zankapfel. CVP, BDP und GLP aber sind sich bis fast ins letzte Detail einig, wie die Initiative umgesetzt werden soll: Alle sprechen sie sich für eine Schutzklausel aus. Die Personenfreizügigkeit soll bis zu einer gewissen Schwelle gelten, darüber hinaus griffen Kontingente. Sollte die EU dazu nicht Hand bieten, zögen die drei Parteien die Sicherung des bilateralen Wegs gegenüber einer wortgetreuen Umsetzung der Initiative vor. Fazit: **Union möglich.**

● **Energie:** Am Erfolg der Energiewende haben die Mitteparteien massgeblich mitgewirkt. CVP, BDP und GLP befürworten den Atomausstieg und die Förderung erneuerbarer Energien. Die GLP ging mit der Forderung, die Mehrwertsteuer mit einer Energiesteuer zu ersetzen, deutlich weiter als die anderen Mitteparteien. Eine Lenkungsabgabe auf fossile Brennstoffe (CO₂-Ausstoss) wäre der mehrheitsfähigere Weg. Wobei die BDP die Autofahrer mehr entlasten will. Fazit: **Union möglich.**

● **Altersreform:** Zu den grossen Projekten der kommenden Legislatur gehört die Finan-

zierung der Altersrenten. Während die Erhaltung des Rentenniveaus oder ein flexibles Rentenalter unbestritten sind, scheiden sich die Geister, wie die tieferen Renten der beruflichen Vorsorge aufgefangen werden sollen. An der Vorlage haben CVP-Ständerätin Urs Schwalder und GLP-Ständerätin Verena Diener mitgearbeitet: Sie wollen die Rentenhöhe sichern, indem sie AHV-Renten um 70 Franken pro Monat aufwerten. Im Ständerat warnte BDP-Mitglied Werner Luginbühl davor: «Einmal gewährte Leistungen können nie mehr zurückgenommen werden.» Das wichtigste Sozialwerk würde so gefährdet. Luginbühl ist keine Einzelmaske. Die BDP setzt sich für ein Modell ein, welches das Rentenalter an die Lebenserwartung anpasst. Fazit: **Union schwierig.**

● **Gesellschaft:** Hier besteht ein tiefer Graben. Während die CVP mit einer Initiative die Heiratsstrafe abschaffen und so Ehepaare in Steuerfragen mit Nichtverheirateten gleichstellen will, kämpft die GLP dagegen an. Sie verlangt auch die Ehe für Homosexuelle. Auch die BDP zeigt sich in vielen Fragen offener als die CVP: Die direkte Sterbehilfe durch einen autorisierten Arzt lehnt die CVP im Unterschied zu BDP und GLP klar ab. Dasselbe gilt bei der Stiefkindadoption durch gleichgeschlechtliche Paare, der die BDP neutral gegenübersteht, während sie die GLP befürwortet. Die Legalisierung von Cannabis hält indes nur die GLP für sinnvoll. Fazit: **Union schwierig.**

● **Wirtschaft:** Zwar verfolgen alle Parteien eine bürgerliche Wirtschafts- und Finanzpolitik – doch es gibt Differenzen. Beispiel Ladenöffnungszeiten: Während GLP und BDP jedem Inhaber überlassen möchten, wie lange er sein Geschäft geöffnet hält, bekämpft die CVP jede Liberalisierung. Gleich verläuft die Front im Agrarbereich: Die CVP will die hiesige Landwirtschaft schützen, GLP und BDP wollen ein Agrar-Freihandelsabkommen mit der EU. Beim Tourismus hingegen ist die GLP allein: BDP und CVP sprechen sich für mehr Unterstützung aus, weil der Tourismus unter dem starken Franken leidet. Dennoch: Insgesamt sind die Differenzen klein. Fazit: **Union möglich.**

● **Sicherheit und Armee:** CVP und BDP stehen hinter der Armee und dem Bundesrat, welcher der Terrorgefahr mit umfangreicheren Überwachungsmöglichkeiten entgegen treten will. Die GLP hingegen stimmte im Frühjahr mit Grünen und SP gegen das Nachrichtendienstgesetz. Und sie möchte die Schweizer Armee nicht wie geplant auf 100 000, sondern auf 80 000 Mann reduzieren. Zudem soll der Zivildienst künftig gleich lang dauern wie der Militärdienst statt wie heute eineinhalb Mal so lang. Die CVP hingegen möchte etwa die Polizeipräsenz stark ausbauen. Insgesamt kann die GLP den Law-und-Order-Kurs von CVP und BDP nur mittragen, wenn sie stark von ihrem bisherigen Kurs abweicht. Fazit: **Union schwierig.**

Fazit: Die Mitte könnte sich finden

Unter dem Strich könnte sich ein Konflikt vor allem an der Armee- und Umweltpolitik der GLP entzünden. Gleichzeitig fällt die CVP als Bewahrerin konservativer Werte aus der Reihe. Da vertritt die GLP und teilweise auch die BDP eine klar liberale Haltung. Wobei gerade bei Gesellschaftsthemen die CVP selbst gespalten ist: Dass die Ehe gleichbedeutend ist mit einer Verbindung zwischen Mann und Frau, hält beispielsweise längst nicht mehr jeder Christdemokrat für gegeben.

Falls das Projekt einer Mittekoalition an Fahrt aufnehmen sollte, werden sich die drei Parteien wohl in allen wichtigen Fragen einig sein können.

44

Nationalratssitze

haben die vier Mitteparteien in der kommenden Legislatur. Stärkste Kraft ist die CVP mit 28 Sitzen. Die beiden Wahlverliererinnen GLP und BDP kommen auf je sieben Sitze, die EVP könnte zwei Sitze zu einer möglichen Mittekoalition beitragen.